

Diskussion

Mit den folgenden Beiträgen soll eine überfällige Auseinandersetzung begonnen werden. Es geht um den Einfluß der SED, der FDJ und des MfS auf die westdeutsche Linke. In seinen beiden Studien zur Westarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit hat Hubertus Knabe auf einige Zusammenhänge zwischen dem westlinken Kampagnenzirkus und den Interventionsapparaten des SED-Regimes hingewiesen. Unter den beteiligten Zeitgenossen haben Knabes steile Thesen heftigen Widerspruch, wenn nicht sogar helle Empörung ausgelöst. Die heftigen Abwehrreaktionen können allerdings nicht die historisch bedeutsamen Fragen verdängen, die Knabe aufgeworfen und in Ansätzen untersucht hat. Viele aufgeregte alte Westlinke fühlen sich von Knabes Thesen verunglimpft. Ihrem Selbstverständnis nach kann es gar nicht sein, daß sie auf dem Dritten Weg zwischen Kapitalismus und dogmatischem Staatssozialismus als Fellowtravelers des letzteren unterwegs gewesen sein sollen. In den nächsten Ausgaben dieser Zeitschrift sollen weitere Stellungnahmen zu diesem bislang wenig aufgearbeiteten Aspekt der bundesdeutschen Geschichte erscheinen. Klaus Meschkat, ein seinerzeit prominenter Repräsentant der Neuen Linken in Westdeutschland, hat sich in einem Leserbrief an die FAZ polemisch mit Hubertus Knabe auseinandergesetzt. Auf die Bitte, doch seine Argumente in dieser Zeitschrift ausführlicher zu begründen, reagierte Meschkat ablehnend. „Mit größtem Mißvergnügen“ habe er den Artikel von Michael Ploetz „Der Kalte Krieg in der Dritten Welt“ (ZdF Nr. 9/2000) gelesen, der u.a. über Nicaragua und die Stasi handelt und verschweige, „was die USA in diesem Land für Verbrechen begangen haben“. Deswegen wolle er „für diese Zeitschrift nicht als Autor fungieren“. Dies Absage ist bedauerlich, verdeutlicht aber zugleich, daß noch immer die Mechanik der Aufrechnung von Verbrechen einer Seite zwecks Tabuisierung jener der anderen in Betrieb ist. Die Aufarbeitung der Beziehungsgeschichte zwischen der alten Linken Ost und der Neuen Linken West soll davon unbenommen hiermit begonnen werden. Weitere Beiträge von 68ern, 89ern und Dazwischengefallenen werden folgen.

Der SDS und die Stasi

Anmerkungen zu Hubertus Knabes Interpretation eines problematischen Verhältnisses

Jochen Stadt

Natürlich stand der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) ziemlich weit oben auf der Liste jener Organisationen, die man in verantwortlichen SED- und MfS-Kreisen als geeignete Spielräume ansah, um Themen und Kampagnen in der Bundesrepublik zu lancieren. Doch der Nachweis von Vorhaben und Absichten sagen noch nichts über die historische Wirkungsmacht dieser Manöver aus. Von beiden Seiten her betrachtet war das Verhältnis zwischen der Neuen Linken West und dem konservativen Funktionsapparat der SED in vielerlei Hinsicht problembelastet. In der DDR waren für den SDS die FDJ, das Ministerium für Staatssicherheit, der Westapparat der SED aber auch die „Nationale Front“ und das Staatssekretariat für westdeutsche Fragen zuständig. Heftig umstritten ist die Frage, wie stark der unmittelbare Einfluß der östlichen Einflußagenten und Spitzel im SDS gewesen ist. Nach allem, was wir bisher wissen, kann von einer erfolgreichen Un-

terwanderung und Steuerung nicht die Rede sein. Unbezweifelbar ist aber, daß verschiedene SDS-Kampagnen aus der DDR unterstützt oder auch instrumentalisiert worden sind.

Wesentlich höher als der direkte Einfluß muß hingegen der mittelbare Einfluß der DDR veranschlagt werden. Ein großer Teil der von jungen Linken des Westens rezipierten marxistischen Literatur stammte aus der DDR. Auch die schöngeistigen Werke, die DDR-Theater- und Filmarbeit galten unter der jungen Linksintelligenz des Westens in den sechziger Jahren als Geheimtips. Das mag für die ältere SDS-Generation, deren Wurzeln noch in die Zeit einer sozialdemokratischen Orientierung reichten, weniger der Fall gewesen sein, als für die nachströmenden Bewegungsjünger von 1966 bis 1968. Es bleibt jedoch zu konstatieren, daß die DKP und ihre Unterorganisationen seit 1969 erheblichen personellen Zuwachs aus der zerfallenden Studentenbewegung erfuhren. Ein Zufall war das nicht.

Viele derer, die seit 1969 in der „originären Arbeiterpartei“ DKP eine neue Heimat fanden, gehörten nicht zum engeren Kreis der theoretisch gebildeten SDS-Mitglieder. Sie beteiligten sich gleichsam als Fußvolk an dem großen Aufbruch und suchten, als der urplötzlich abbrach, im dogmatischen Marxismus den Halt, der ihnen abhanden gekommen war, als sie die Eierschalen ihrer bürgerlichen Zuversicht abgeworfen hatten. Der SDS behielt bis zu seiner Auflösung im Januar 1970 ein distanzierendes Verhältnis zur SED, das heißt, die Mehrheit seiner Mitglieder blieben gegenüber dem DDR-Sozialismus kritisch und reserviert. Gleichwohl hat der Verband durch seine antibürgerliche Attitüde und zahlreiche gegen die westdeutsche Demokratie geführten Kampagnen, die stets mit dem schlimmsten Verdacht einer drohenden „Renazifizierung“ einhergingen, der Schönfärbung des ostdeutschen Kommunismus alle nur denkbaren Türen und Fenster geöffnet. Der kritische linke Zeitgeist zeigte sich gegenüber dem roten Totalitarismus eher schwächlich. Während die Bereitschaft durchaus zunahm, im SED-System den fleischgewordenen deutschen „Antifaschismus“ erkennen zu wollen, stand andererseits die westdeutsche Demokratie unter dem Generalverdacht eines ihr latent innewohnenden Faschismus, der jederzeit wieder hervorbrechen könne, wenn erst seine Zeit gekommen wäre.

In den sechziger Jahren verstellte die Konfrontation mit einer zuweilen uneinsichtigen „Erlebnissgeneration“ des Nationalsozialismus vielen jungen Linksintellektuellen den Blick auf die Vorzüge der pluralistischen Demokratie. Die ganz andere ideale Gesellschaftsordnung stand zur Debatte und die Revolution oder vorsichtiger ausgedrückt die „Revolutionierung der Verhältnisse“. Darunter mochten manche einen Dritten Weg verstehen, andere projizierten ihre Trugträume in weit entfernte Länder und wieder andere unternahmen es, sich durch einen theoretischem Salto Mortale die DDR als das geringere Übel hinzubiegen. In all diesen Systemsprüngen im Denken der bürgerlichen Linksintelligenz steckten die Treibsätze zu einem überwiegend hausgemachten Paradigmenwechsel, auf den SED und Staatssicherheit draufsaßen konnten.

Wer diese Voraussetzung ausblendet, läuft Gefahr, die Wirkung der konkret handgreiflichen Tätigkeit von Stasi und SED mehr Bedeutung zuzuschreiben als sie tatsächlich hatte. Hubertus Knabe überdehnt in seiner verdienstvollen Untersuchung über die Einflußnahme des DDR-Staatssicherheitsdienstes auf die Westmedien ganz in diesem überschießenden Sinne die Reichweite des Ost-Berliner Staatssicherheitsarms auf den West-Berliner SDS-Kreis um Rudi Dutschke. In Knabes Buch „Der diskrete Charme der DDR“ ist zu lesen, daß es am 25. Juni 1967 in West-Berlin zu einer Zusammenkunft von „Vertretern des AS-tA, des SDS und der sogenannten Dutschke-Gruppe“ kam, „bei der konkrete Aktionen gegen den Springer-Verlag beschlossen wurden“.¹

¹ Hubertus Knabe: Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien, Berlin 2001, S. 367.

Das Ministerium für Staatssicherheit stützte seine diesbezüglichen Informationen über die Vorgänge innerhalb des Berliner SDS maßgeblich auf Auskünfte seines Inoffiziellen Mitarbeiters Dietrich Staritz. Staritz arbeitete seit 1961 für die DDR-Staatssicherheit und war einer ihrer Spitzeninformanten im SDS und der Außerparlamentarischen Opposition (APO). Auch über die Zusammenkunft, auf die sich Hubertus Knabe bezieht, hatte Staritz seinem MfS-Führungsoffizier Oberleutnant Brabant von der Hauptabteilung XX/5 des MfS Bericht erstattet. Staritz diktierte, weil er es eilig hatte, dem Offizier direkt auf Tonband. Die von Oberleutnant Brabant veranlaßte Abschrift der Tonbandaufzeichnung befindet sich in der erhalten gebliebenen Stasi-Akte von Dietrich Staritz alias IM „Erich“.² Das Treffen fand laut der Tonbandabschrift am 24. und 25. Juni 1967 in Form einer zweitägigen Arbeitskonferenz in der „IG-Metall Jugendschule Berlin Spandau am Pichelssee“ statt. Staritz spricht einmal auch von Pichelsberg. Die Frage der „Springer Kampagne“ wurde am zweiten Tag des Treffens, am 25. Juni erörtert. Sie stand laut Staritz’ Spitzelbericht keineswegs derart im Mittelpunkt der Zusammenkunft, wie es in der Darstellung von Hubertus Knabe den Anschein hat. Es ging bei dem Treffen in erster Linie insgesamt um die künftige Politik der APO in West-Berlin, um die „Verstärkung der politischen Unruhe durch studentische Demonstrationen“, um den Versuch in einigen Betrieben „wilde Streiks zu initiieren, in deren Verlauf sich spontan Räte bilden könnten“ sowie um ein „vorsichtiges Lancieren des Gedankens einer politisch von der Bundesrepublik unabhängige Stadt Westberlin“.³ Die „Springer-Kampagne“ wurde am zweiten Tag des Treffens behandelt und stand – folgt man den Tonbandaufzeichnungen des Staritz-Diktats – nicht im Mittelpunkt der Diskussion.

Knabe behauptet, „die Stasi war bei der Besprechung gleich mehrfach vertreten“. Er erwähnt neben dem Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit *Dietrich* Staritz auch dessen Freund Walter Barthel, der aber, wie Knabe selbst feststellt, zu diesem Zeitpunkt als MfS-Spitzel bereits abgeschaltet war. Darüber hinaus erschließt sich nicht, wie denn die Stasi „gleich mehrfach vertreten“ war. Ein gescheiterter Anwerbeversuch bei Walter Weller, den Knabe erwähnt, rechtfertigt eine so weitgehende Aussage nicht. Der Bericht, den Staritz fünf Tage nach dem APO-Treffen in der IG-Metall Schule seinem Agentenführer ins Mikrophon sprach, enthält bei genauerer Betrachtung eine Reihe von Ungereimtheiten, die durch eine Gegenkontrolle bei dem einschlägigen Spezialarchiv in der Freien Universität Berlin sofort offensichtlich werden. Im FU-Archiv „Apo und soziale Bewegungen“ befindet sich nämlich das Schriftgut westlicher Provenienz aus dieser Zeit und darunter auch eine Mitschrift Rudi Dutschkes vom Arbeitstreffen des Dutschke-Kreises in der IG-Metall Jugendschule, die bei Dutschke in Pichelsdorf verortet ist.

Folgt man Hubertus Knabes Darstellung, dann trafen sich am 25. Juni 1967 folgende Personen in der IG-Metall Jugendschule: Rudi Dutschke, Wolfgang Lefvèvre, Bernd Rabehl, Karl-Heinz Stantzik, Christian Semler, Walter Weller, Urs Müller-Plantenberg, Klaus Meschkat, Peter Furth, Dietrich Staritz selbst und Walter Barthel.⁴ In dem Stasidokument sind mehrere Namen falsch geschrieben – „Radehl“ statt Rabehl, „Semmler“ statt Semler, „Bartel“ statt Barthel, „Furt“ statt Furth,⁵ Das spricht für die Authentizität der unmittelba-

² Vgl. „Abschrift vom Tonband“ vom 29. Juni 1967 in BStU, Zentralarchiv, AIM 10998/66 Bd. 3, S. 255 ff.

³ Das „Freie-Stadt-Konzept“ war übrigens zu dieser Zeit eine von der SED verfolgte Perspektive zur Befriedung der als „Unruheherd Westberlin“ mißlittenen Halbstadt.

⁴ Vgl. Hubertus Knabe: *Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien*, Berlin 2001, S. 367.

⁵ Peter Furth heißt auch in Knabes Buch „Furt“.

ren Übertragung des gesprochenen Wortes nicht aber dafür, daß Staritz einen Bericht erstattet, der das Treffen und die dort geführte Diskussion authentisch wiedergibt. In der Abschrift des Tonbands findet sich unter „Teilnehmer“ folgende Bemerkung: „Am Sonntag kurz für ½ Stunde Klaus Meschkat, Walter Bartel, Dr. Peter Furt“. Diese Bemerkung enthielt Hubertus Knabe aus unerfindlichen Gründen den Lesern seines Buches vor. Es kann jedoch in dem gegebenen Zusammenhang nicht als unerheblich betrachtet werden, ob jemand an einer zweitägigen Strategiekonferenz nur eine halbe Stunde lang teilnahm oder während der ganzen Zeit über anwesend war.

Dutschkes Mitschrift enthält auf dem Kopf des ersten Blattes eine Auflistung der beteiligten Personen. Das waren demnach: Wellert⁶, M. Plantenberg⁷, Christian⁸, Peter⁹, Bernd¹⁰, Wolfgang¹¹, Rudi¹², Stanzick. Von Dutschke wurde weder die Anwesenheit von Meschkat, Barthel und Furth noch die von Staritz protokolliert. Auch Bernd Rabehl erinnert sich nicht an eine Anwesenheit von Dietrich Staritz. Dafür war nach Dutschkes Protokoll Peter Gäng anwesend, der im Stasi-Staritz Bericht nicht auftaucht. Staritz behauptete jedoch gegenüber seinem Führungsoffizier, er habe an dem ganzen Treffen teilgenommen. Laut Staritz-Diktat ging die Debatte am 24. Juni 1967 „von der Frage aus, was wir in West-Berlin eigentlich wollten. Es stellte sich heraus, daß alle Beteiligten an einer freien-Stadtlösung interessiert waren. Die versammelten SDSler verstanden darunter eine von der Bundesrepublik politisch losgelöste und von den vier Großmächten in ihrer Unabhängigkeit garantierten politischen Einheit Westberlin. Rudi Dutschke versprach bzw. verspricht sich von einem derartigen Westberlin einen sog. Transmissionseffekt, d.h. er denkt daran, daß eine sich im Inneren zu sozialistischen Strukturen entwickelnde eigenständige politische Einheit sowohl auf die Bundesrepublik als auch auf die DDR ausstrahlen und dort Veränderungen herbeiführen würde.“¹³

Eine Kernfrage, um die Dutschkes eigene Überlegungen auf dem Treffen kreisten, war die Machtfrage: „Es ist nicht mehr übermütiger Irrsinn, in dieser Stadt die Machtfrage zu stellen? Und positiv zu beantworten!“¹⁴ notierte er. Diese weitgehende Äußerung ist im Staritz-Bericht nicht zu finden. Das und einige weitere in der Dutschke-Mitschrift enthaltenen namentlich den Teilnehmern zugeordnete Diskussionsbeiträge, die andere Fragen behandeln, als sie der von Staritz diktierter Bericht enthält, macht das Staritz-Diktat suspekt. Als mögliche Interpretation der Nichtübereinstimmung bietet es sich an, einmal die Frage zu stellen, ob Staritz den Inhalt des Treffen nur vom Hören-Sagen kannte. In der damals heftig brodelnden innerlinken Gerüchteküche war es nicht schwierig für einen „älteren Genossen“ wie Staritz, einigermaßen auf dem Laufenden zu bleiben. Üblicherweise ergingen sich seinerzeit viele aufgeregte Jungrevolutionäre in Kneipen und Universitätskaffees untereinander und gegenüber „Altgenossen“, die man eine Weile ob ihrer Theoriekenntnisse und Eloquenz bewundert hatte, in wichtiguerischen Andeutungen. Am Telefon plauderte

⁶ = Weller

⁷ = Müller-Plantenberg

⁸ = Semler

⁹ = Gäng

¹⁰ = Rabehl

¹¹ = Lefvèvre

¹² = Dutschke

¹³ BStU, Zentralarchiv, AIM 10998/66 Bd. 3, S. 255 u. 256.

¹⁴ Eine Transskription des handschriftlichen Protokolls von Rudi Dutschke wird in Kürze als Dokument im Rahmen einer Darstellung der Geschichte des SDS in den 60er Jahren veröffentlicht. Vgl. Siegwald Lönnendonker, Bernd Rabehl Jochen Staat: Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD, Opladen 2002.

mancher trotz aller subversiven Absichten recht offen über Aktionspläne und viele im SDS gaben sich gegenüber außenstehenden Sympathisanten gerne informiert und erzählten aufgeschnappte Halbwahrheiten oder Gerüchte weiter. Es kann durchaus angehen, daß Dietrich Staritz über seine Gesprächskontakte in diesem Milieu einiges von dem Treffen in der IG-Metall Jugendschule erfahren hat und es seinem MfS-Führungsoffizier so weitergab, als habe er selbst an dem Treffen teilgenommen. Vielleicht hat er, um die eigene Bedeutung als wichtiger Insider herauszukehren, dem Mann etwas vorgeflunkert.

Denkbar ist aber auch, daß Staritz' Plaudereien sich aus einer anderen Quelle speisten. Immerhin behauptete er nach seiner Enttarnung als Stasi-Spitzel im Jahr 1993, er habe seit Anfang der sechziger Jahre für das Bundesverfassungsschutzamt gearbeitet und deswegen seine Stasikontakte für legalisiert gehalten. Hat vielleicht der westdeutsche Dienst 1967 seinen Mann für die Berichterstattung in Ost-Berlin präpariert, um ihn der Staatssicherheit besonders nahe zu bringen? Da das Bundesamt für Verfassungsschutz seine Überlieferungen generell verschlossen hält und keine Auskunft über ehemalige Mitarbeiter gibt, wird man dieser Frage vorläufig nicht auf den Grund kommen. Ganz unwahrscheinlich wäre das freilich nicht.

Wer Staritz letztendlich gesteuert hat, ob er östlicher oder westlicher Spitzel war oder sich an beide Dienste verkauft hat – Geld jedenfalls hat er von beiden reichlich kassiert – wird in absehbarer Zeit nicht zu klären sein. Eines aber verraten die zum hier behandelten Vorgang vorliegenden Überlieferungen bei kritischer Quellenprüfung eindeutig: Eine Fremdsteuerung der Springerkampagne kann damit nur in Ansätzen bewiesen werden. Hubertus Knabe argumentiert in seinem Buch auf der Grundlage einer überwältigenden Materialsammlung – der des DDR-Staatssicherheitsdienstes – und er argumentiert entlang starker Indizien. Allein die Geschichte, um die es hier geht, ist im Westen gemacht worden und da ging es allemal vertrackter zu, als das die damals geschriebenen Stasiakten zu erschließen vermögen. Die Stasi wußte zwar über vieles Bescheid, sie konnte sich aber andererseits mit ihrer beschränkten Weltsicht auf vieles keinen Reim machen, was sie da über die linken Jungradikalen des Westens zusammentrug.

Hubertus Knabe hat mit seiner Arbeit über den Stasieinfluß im Westen einen mutigen und nötigen Schritt gewagt, einen Schritt, der eine längst überfällige Diskussion angestoßen hat. Im Laufe dieser Diskussion traten bei vielen jener ehemals als Aufklärer angetretenen „rationalen Linken“ Reflexe der Verdrängung und des Selbstbetrugs zutage, die sich kaum oder gar nicht von dem unterscheiden, was sie vor über dreißig Jahren der vorgelagerten Erlebnisgeneration so erbittert zum Vorwurf machte. Einige Hirngespinnste der 68er Legenden gehen immer noch um im Lande. Hubertus Knabe hat einen Vorhang beiseite gezogen. Ein Teil der historischen Bühne liegt offen vor Augen. Wir sehen manches klarer als zuvor. Wir sehen aber auch Schleier vor dem Bühnenhintergrund und wissen, die Stasi war hier nicht allein am Werk.